

Beteiligung und Partizipation am Puls der Zeit – Wie Kommunen ihre Bürger*innen beteiligen

Interview im Nachgang zum Seminar
„Wandel braucht Beteiligung (?) – digital & analog“
Präsenz-Seminar am 20.07.2022

Prof. Dr. Norbert Kersting
Westfälische Wilhelms-Universität Münster,
Institut für Politikwissenschaft

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



**Transferinitiative
Kommunales
Bildungsmanagement**

Dieses Vorhaben wird aus Mitteln
des Bundesministeriums für
Bildung und Forschung gefördert.

Wie Kommunen ihre Bürger*innen beteiligen

Sie haben auf dem Seminar angedeutet, dass Sie die Zukunft der Beteiligung mehr auf der sublokalen Ebene, also in kleinen Sozialraumeinheiten, mithilfe deliberativer Verfahren¹ sehen? Worauf muss man da besonders achten? Insbesondere bei Städten?

Beteiligungsinstrumente eignen sich auch für die nationale Ebene. Sie funktionieren aber insbesondere – und das gilt für alle Bürgerbeteiligungsinstrumente – in kleineren Gruppen, wo man auch ins Diskutieren kommt. Größere Gruppen müssen wieder in kleinere Gruppen eingeteilt werden, um diskutieren zu können. Das kennen wir vom World-Café, das kennen wir von vielen anderen guten Instrumenten. Und das gilt auch für Beteiligungstools in ähnlicher Weise, wobei die Funktionsweise etwas anders ist. Aber, letztendlich, wenn Deliberation² und Diskussionen gewollt ist, dann funktioniert das erstens sehr gut, wenn die Menschen sich dafür interessieren und es ihren Alltag und ihre Lebenswelt betrifft, und zweitens, wenn sie in kleineren Gruppen sind. Dann kommen sie auch eher zu

Wort, dann können sie sich stärker einbringen. Und da sind, wie gesagt, sublokale Ebenen, Nachbarschaften besonders wichtig. Nachbarschaften haben im Vergleich zu größeren Zusammenhängen den Vorteil, dass Menschen auf dieser Ebene leichter zusammenkommen und bestimmte Arrangements treffen können. Beispielsweise können sie sich bei der Kinderbetreuung oder bei der Seniorenbetreuung abwechseln, sich gegenseitig den Rasenmäher, den Kärcher oder den Anhänger ausleihen und ähnliche Dinge. All solche Sachen funktionieren auf nachbarschaftlicher Ebene einfacher. Das gilt auch für Bürgerbeteiligung, selbst wenn man sie für größere Gruppen digital unterstützen und darüber mobilisieren und informieren kann. Und interessanterweise wird Bürgerbeteiligung deutschlandweit auf die ein wenig untergegangenen Bürgerhaushalte der immer noch wenigen Kommunen reduziert, die zudem überwiegend eingestellt wurden. In den anderen Ländern Europas sind partizipative Prozesse von vorneherein sehr stark auf Stadtbezirke und auf Nachbarschaften ausgerichtet und funktionieren da wirklich gut. Selbst in solchen

¹ In dialogorientierten oder deliberativen Verfahren steht der Austausch individueller Perspektiven, Wünsche und Interessen mit dem Ziel einer kollektiven Meinungsbildung im Mittelpunkt. Die Beteiligten wägen in ihren Diskussionen unterschiedliche Positionen gründlich ab, sie identifizieren Meinungsdifferenzen und suchen nach neuen, überzeugenden Ideen, die möglichst alle vorhandenen Positionen vereinen. Bürgerinnen und Bürger, zivilgesellschaftliche Akteure und Entscheidungsträgerinnen und -träger werden frühzeitig im politischen Prozess zusammengebracht. Aus: Patrizia Nanz / Miriam Fritsche: Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen. Schriftenreihe Band 1200, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2012, S. 30, 11, letzter Zugriff am 03.08.2022: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Handbuch_Buergerbeteiligung.pdf

² s.o.

Ländern, wo man nicht ohne weiteres davon ausgegangen wäre, wie in vielen polnischen Städten, funktioniert das sehr gut.

Von daher sind es die Nachbarschaften, als ein Plädoyer noch mal für die sublokale Ebene, die man stärken muss, um wichtige Probleme der Zukunft anzugehen – Seniorenbetreuung, Kinderbetreuung, Energieversorgung, Transport, lokale Ökonomie – all sowas lässt sich in Nachbarschaften leichter organisieren.

Wo sehen Sie Grenzen der Beteiligung? Oder: Wann macht Beteiligung aus Ihrer Erkenntnis keinen Sinn?

Beteiligung macht dann keinen Sinn, wenn von Anfang an klar ist, dass sie keinerlei Einfluss haben wird. Dass sie weder die Diskussion in anderen Gremien anregt noch dort zum Nachdenken über diese eingebrachten Positionen führt und vielleicht auch keine weitere Debatte anregt. Und zweitens, wenn sie auch gar nicht darauf ausgerichtet ist, direkte Ergebnisse zu produzieren. Ein Ergebnis ist schon allein, dass in anderen Gremien ernsthaft weiterdiskutiert wird. Aber wenn beides ausfällt, sowohl die Umsätze der Debatte als auch die ernsthafte weitere Debatte in anderen Gremien, dann macht sie eigentlich keinen Sinn. Dann ist sie rein symbolisch und ist im Grunde auch nicht fruchtbar auf lange Sicht. Und leider sehen wir das in einigen Kommunen, dass das im Vordergrund steht, aber es gibt mehr und mehr Politiker*innen, die das sehr ernst nehmen und die Beteiligung durchaus als zusätzliches Instrument zur repräsentativen Demokratie sehen.

Was sind die Treiber von Beteiligungsprozessen in Kommunen? Wie kann eine breite Beteiligung der Bürgerschaft erreicht werden?

Die Beteiligung ist natürlich eine Sache, die nicht gleich alle Gruppen anspricht, weil häufig sind es Probleme, die erst zum späteren Zeitpunkt wichtig werden, wenn es bereits entschieden ist. Dann ist es häufig wieder zu spät. Und von daher macht es Sinn, bestimmte Instrumente einzubinden, die auf der einen Seite sehr niederschwellig sind – und damit ist Barrierefreiheit gemeint, nicht nur für Menschen mit Behinderungen, sondern auch für bestimmte soziale Gruppen. Da müssen Kinderbetreuungsmöglichkeiten da sein etc.. Für Beteiligung ist es dabei hilfreich, wenn sie gleichzeitig in den Nachbarschaften, kleineren Dörfern und Städten in einen Kontext eingebunden wird, in dem sich die Menschen ohnehin gerne treffen. Dann könnten sie dort zusätzlich noch über bestimmte Sachen mit abstimmen und diskutieren. Nichtsdestotrotz sollten die Feste, die daran gekoppelt werden könnten, z. B. ein Feuerwehrfest, nicht in der Form überstrapaziert werden, dass nur noch über politische Dinge diskutiert wird. Aber eine Anbindung an andere soziale Events, wo dann bestimmte Projekte in einem kurzen Durchgang vorgestellt werden, das lässt sich ganz gut kombinieren und fördert darüber auch das Interesse. Wichtig ist, dass die Zielgruppen, die bislang in bestimmten Bereichen außen vor sind, häufig sind das die Jüngeren, weil die Senioren sehr viel mehr Zeitressourcen zur Verfügung haben, in den Blick genommen werden. Manchmal sind es aber auch diejenigen, die über weniger Bildung verfügen und ohnehin eher an den

Rand gedrängt sind. Hierzu müssen die Schwellen niedrig sein, und es muss so motiviert und mobilisiert werden, dass sich diese Gruppen auch einbringen können.

Sie haben auf dem Seminar auch Einiges aus der kommunalen Praxis gehört. Was hat Sie besonders (inhaltlich) beeindruckt?

Es hat mich beeindruckt, wie wichtig es ist, verschiedene Elemente zusammenzufügen. Auf der einen Seite, wie wichtig es ist, eine gute Moderation zu haben, das ist sehr deutlich geworden, aber dann vor allem eine Moderation zu haben, die zuhören kann und zuhören will. Auf der anderen Seite, unterschiedliche Instrumente einzusetzen, die die gesamte Gruppe miteinbinden. Und da wächst oder generiert sich dann automatisch ein größeres Interesse, und das bröckelt dann am Ende nicht ab. Bei symbolischer Beteiligung, bei der die Bürgerschaft merkt, sie wird nur informiert, und im Grunde alles schon entschieden ist, nimmt das Engagement dann oft sehr schnell ab. Wenn Beteiligung aber ordentlich organisiert wird und dabei verschiedene Instrumente genutzt werden, ist eher im Gegenteil zu beobachten, dass das Interesse daran wächst und die Beteiligten sich weitere Veranstaltungen wünschen.

Ein weiteres, ganz zentrales Thema wurde auch noch mal deutlich: viele dieser kleinen Veranstaltungen wie Bürgerräte brauchen ein großes Maß an Öffentlichkeit. Und das muss, weil die Medien oder die Tageszeitungen diese häufig nicht von sich aus aufgreifen, die Stadtverwaltung oder der Organisator selber mit in die Hand neh-

men, also Öffentlichkeitsarbeit gezielt selber betreiben. Diese Öffentlichkeitsarbeit kann sowohl online als auch offline erfolgen. Bei einem völligen Verzicht darauf könnte es jedoch dazu kommen, dass selbst bei niedrigschwelligen Online-Beteiligungsinstrumenten keiner mitmacht. Denn die Menschen möchten wissen, worauf sie sich da einlassen, mit welchem Ziel und auf welchem Weg, was das zeitlich für sie bedeutet und was sie damit letztlich bewirken können.

Impressum

Fachbeitrag „Beteiligung und Partizipation am Puls der Zeit – Wie Kommunen ihre Bürger*innen beteiligen“ zum Seminar „Wandel braucht Beteiligung (?) – digital & analog“; Frankfurt a.M., 2022

Prof. Dr. Norbert Kersting referierte auf dem Seminar „Wandel braucht Beteiligung (?) – digital & analog“ am 20. Juli 2022 in Frankfurt am Main zum Thema „Beteiligung und Partizipation am Puls der Zeit“. Im Nachgang hat die Transferagentur Hessen einige Themen im Interview vertieft, das Interview führte Hardy Adamczyk von der Transferagentur Hessen.

Herausgeberin

Transferagentur Kommunales Bildungsmanagement Hessen
Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik GmbH
Herrnstraße 53, Offenbach am Main

Im Rahmen der Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement begleitet die Transferagentur Hessen Städte, Gemeinden und Landkreise und unterstützt diese als Partnerin bei der Weiterentwicklung ihrer kommunalen Bildungslandschaft. Zu den Angeboten der Transferagentur zählen neben Beratung, Vernetzung und Information ebenfalls Qualifizierungsangebote wie das oben genannte Seminar. Die Transferagentur Hessen ist beim Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (**INBAS GmbH**) in Offenbach angesiedelt.

Autoren: Prof. Dr. Norbert Kersting, Hardy Adamczyk

Redaktion: Julia Klausing, Marie-Cécile Neumann

© 2022 Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik GmbH

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



**Transferinitiative
Kommunales
Bildungsmanagement**

Dieses Vorhaben wird aus Mitteln
des Bundesministeriums für
Bildung und Forschung gefördert.